

## Niederschrift

über die 28. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 08.11.2017, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

### Tagesordnung

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung von Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Heinsberg und der Stadt Geilenkirchen  
Vorlage: 1045/2017
3. 72. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Geilenkirchen, Geltungsbereich: Fläche in Hünshoven, östlich des Flussviertels und westlich des Pater-Briers-Weges - Beratung und Abwägung über die während der Öffentlichkeitsbeteiligungen nach § 3 Abs. 1 BauGB und nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen - Verabschiedung der Flächennutzungsplanänderung  
Vorlage: 1054/2017
4. Bebauungsplan Nr. 113 der Stadt Geilenkirchen, Geltungsbereich: Fläche in Hünshoven, östlich des Flussviertels und westlich des Pater-Briers-Wegs - Beratung und Abwägung über die während der Öffentlichkeitsbeteiligungen nach § 3 Abs. 1 BauGB und nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen - Verabschiedung des Bebauungsplans als Satzung  
Vorlage: 1056/2017
5. Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen  
Vorlage: 1065/2017
6. Fortführung der Quartiersentwicklung nach Ablauf der Projektförderung  
Vorlage: 1066/2017
7. Beratung und Beschlussfassung über die Umsetzung der folgenden Maßnahme des Integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Geilenkirchen: Einführung von Energiesparmodellen in den städtischen Schulen  
Vorlage: 1067/2017
8. Bestellung einer Seniorenbeauftragten  
Vorlage: 1071/2017
9. Neuregelung der allgemeinen Vereinszuschüsse sowie der Reinigungsleistungen in städtischen Umkleidehäusern  
Vorlage: 1073/2017
10. Bericht über das Ergebnis der Einwohnerversammlung vom 10.10.2017 und Verab-

scheidung der Planung der "Thelensgracht" in Beeck  
Vorlage: 1077/2017

- 11 . Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses gem. § 60 Abs. 1 GO NRW  
Vorlage: 1081/2017
- 12 . Durchführung der städtischen Empfänge Landpartie und Neujahrsempfang  
Vorlage: 1082/2017
- 13 . Vorstellung eines Eckpunktepapiers zum Haushaltsplan 2018  
Vorlage: 1086/2017
- 14 . Antrag der SPD Fraktion auf Erstellung eines Sicherheitskonzeptes  
Vorlage: 1089/2017
- 15 . Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 16 . Fragestunde für Einwohner

**Anwesend waren:**

Vorsitzende/r

1. Bürgermeister Georg Schmitz

Mitglieder

2. Nikolaus Bales
3. Marko Banzet
4. Hans-Jürgen Benden
5. Maja Bintakys-Heinrichs
6. Karola Brandt
7. Karl-Peter Conrads
8. Jennifer Diederichs
9. Helmut Gerads
10. Johann Graf
11. Christoph Grundmann
12. Theresia Hensen
13. Horst-Eberhard Hoffmann
14. Karin Hoffmann
15. Rainer Jansen
16. Gabriele Kals-Deußen
17. Michael Kappes
18. Nils Kasper
19. Thomas Klein
20. Wilfried Kleinen
21. Heinz Kohnen
22. Christian Kravanja
23. Leonhard Kuhn
24. Willi Münchs
25. Uwe Neudeck
26. Hans-Josef Paulus anwesend bis TOP 14

27. Manfred Schumacher
28. Barbara Slupik
29. Lars Speuser
30. Raimund Tartler
31. Ruth Thelen
32. Ernst Michael Thielemann
33. Michael van Dillen
34. Harald Volles
35. Kirsten vom Scheidt
36. Max Weiler
37. Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

38. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
39. Daniel Goertz
40. Peter Klee
41. Technischer Beigeordneter Markus Mönter

Protokollführer

42. Tina Beckers-Offermanns

Es fehlten:

43. Stefan Mesaros
44. Manfred Mingers

Bürgermeister Schmitz eröffnete um 18:00 Uhr die 28. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen und hieß die Stadtverordneten, die Bürgerinnen und Bürger wie auch die Vertreter der Presse herzlich willkommen. Die Einladung zur Sitzung sei form- und fristgerecht erfolgt. Stadtverordneter Kravanja widersprach, dass dies nicht der Fall sei. Die schriftliche Ausfertigung der Einladung sei verspätet per Post zugesandt worden. Damit läge ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung vor und er bitte darum, in Zukunft gezielter auf die Einhaltung der Fristen zu achten.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass von den Stadtverordneten schriftliche Erklärungen vorlägen, dass durch Übersendung der Tagesordnung per Mail und Freischaltung der Sitzung in SessionNet die Einladung als zugestellt gelte.

Stadtverordneter Kravanja meinte, dass diese Erklärung nicht von jedem Ratsmitglied vorliege und die Einladung aufgrund dessen als zu spät zugestellt betrachtet werden müsse.

Eine nachträgliche Überprüfung hat ergeben, dass diese Erklärungen zum Zeitpunkt der Sitzung wie auch zum Zeitpunkt der Zustellung der Einladungen ausnahmslos von allen Ratsmitgliedern vorlagen.

Bürgermeister Schmitz teilte weiter mit, dass sich die Stadtverordneten Mingers und Mesaros entschuldigt hätten; vielleicht werde der Stadtverordnete Mesaros mit Verspätung an der Sitzung teilnehmen können. Er stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Einwendungen gegen die Niederschrift der 27. Sitzung des Rates seien nicht erhoben worden. Niemand habe zu einem Punkt seine Befangenheit erklärt.

Zur Tagesordnung gebe es zwei Änderungswünsche. Zum einen solle TOP 5 von der Tagesordnung abgesetzt werden.

**Beschluss:**

Der Rat beschloss einstimmig die Absetzung des TOP 5 „Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen“.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 37 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

Zum anderen sei aufgrund eines technischen Problems die Vorlage Nr. 1053/2017 „Bestellung eines weiteren stellvertretenden Leiters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Geilenkirchen“ nicht für die Tagesordnung der Ratssitzung angemeldet worden, obwohl sie bereits im Ausschuss vorberaten worden sei. Daher wolle er die Tagesordnung um diesen Punkt erweitern und schlage vor, die Vorlage als neuen Tagesordnungspunkt 21 zu behandeln.

**Beschluss:**

Mehrheitlich beschloss der Rat der Stadt Geilenkirchen die Vorlage Nr. 1053/2017 als neuen TOP 21 zu behandeln.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 36 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 1  |

**TOP 1      Mitteilungen des Bürgermeisters**

- a) Bürgermeister Schmitz teilte mit, dass der regionale AVV Beirat in seiner Sitzung am 11.09.2017 beschlossen habe, zum Fahrplanwechsel am 10. Dezember 2017 mit allen Standardbussen der Linie 407 die Ortslage Hoven (über Kraudorf) zu bedienen. Die dadurch anfallenden Mehrkilometer für die Linienverlängerung würden der Stadt Geilenkirchen nicht in Rechnung gestellt. Der Auftrag für die Herstellung bzw. Erweiterung des Buswendeplatzes sei bereits vergeben. Eine Fertigstellung bis Ende November 2017 sei vereinbart worden.
- b) Er informierte weiter darüber, dass folgende Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes an Schulen im Sinne des im Haupt- und Finanzausschuss am 18.10.2017 gefassten Dringlichkeitsbeschlusses durchgeführt worden seien: Als Sofortmaßnahmen seien die KGS Immendorf, die KGS Geilenkirchen und die GGS Geilenkirchen mit einem System funkvernetzter Rauchwarnmelder ausgestattet worden, die insbesondere in den Fluren und Treppenhäusern angebracht worden seien, welche als Flucht- und Rettungswege dienen. In das System seien auch an geeigneten Stellen Alarm-Taster integriert worden, so dass Rauchwarnmelder bei Bedarf per Hand ausgelöst werden könnten und so eine Alarmierung im gesamten Gebäude erfolgen könne. Die Funktion der neuen Rauchwarnmelder sei vor Ort bereits jeweils im Beisein des für die Schule zuständigen Hausmeisters von der Fachfirma vorgeführt und überprüft worden. Als weitere Schritte würden die Erstellung bzw. Umsetzung von brand-

schutztechnischen Risikoanalysen für die genannten Schulen in der Haushalts- und Maßnahmenplanung soweit wie möglich vorgezogen und entsprechende Aufträge an Fachplaner verteilt werden.

- c) Des Weiteren habe er Folgendes mitzuteilen: Während der Baumaßnahme zur Sanierung der Hallendecke in der Turnhalle der GGS Geilenkirchen habe sich der dringende Bedarf ergeben, das Heizungssystem zu verändern, wodurch Verzögerungen im Bauablauf eingetreten seien. Die in der ursprünglichen Hallendecke verbaute Heizung könne nicht weiter genutzt werden. Dies sei vor der Demontage der Decke nicht erkennbar gewesen. Es sei erforderlich, das alte System durch neue Heizkörper im oberen Drittel der Hallenwände zu ersetzen. Im Zusammenhang damit seien mit Mineralfaserdämmung ummantelte Rohrleitungen unter Einhaltung der entsprechenden Arbeitsschutzmaßnahmen zurück zu bauen. Es könne durch diese unvorhergesehenen Zusatzarbeiten zu einer Verzögerung für die eigentlich ab dem 04.12. vorgesehene Wiederinbetriebnahme der Halle kommen. In Abstimmung mit den beauftragten Firmen werde derzeit angestrebt, die Verzögerung so gering wie möglich zu halten. Es sei aber nicht auszuschließen, dass die Halle erst Mitte/Ende Dezember wieder freigegeben werden könne.

**TOP 2      Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung von Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Heinsberg und der Stadt Geilenkirchen  
Vorlage: 1045/2017**

**Beschluss:**

Dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung von Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Heinsberg und der Stadt Geilenkirchen in der der aus den Anlagen ersichtlichen Form wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 37 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 3      72. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Geilenkirchen, Geltungsbereich: Fläche in Hünshoven, östlich des Flussviertels und westlich des Pater-Briers-Weges - Beratung und Abwägung über die während der Öffentlichkeitsbeteiligungen nach § 3 Abs. 1 BauGB und nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen - Verabschiedung der Flächennutzungsplanänderung  
Vorlage: 1054/2017**

Stadtverordneter Benden erklärte, dass er zustimmen werde aber gerne eine Anmerkung machen wolle. Und zwar habe die Untere Landschaftsbehörde des Kreises in ihrer Stellungnahme ein ökologisches Defizit von 18.996 Punkten ermittelt. Insgesamt ergebe sich ein Ersatzgeld in Höhe von 56.988 €. Mit diesem Ersatzgeld schaffe der Kreis eine Ausgleichsfläche. Er bitte darum, diesen Ausgleich wenn möglich in Geilenkirchen zu schaffen und nicht irgendwo im Kreisgebiet. Immerhin finde der ökologische Einschnitt hier in Geilenkirchen statt

und ein Ausgleich an anderer Stelle mache keinen Sinn. Dies sehe er als grundsätzliches Problem und sein Appell richte sich gleichermaßen an die Entwicklungsgesellschaft.

**Beschluss:**

Über die im Verfahren eingegangenen Stellungnahmen wird der Vorlage entsprechend abgewogen.

Die Flächennutzungsplanänderung wird einschließlich der Begründung verabschiedet.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 37 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 4**      **Bebauungsplan Nr. 113 der Stadt Geilenkirchen, Geltungsbereich: Fläche in Hüns-  
hoven, östlich des Flussviertels und westlich des Pater-Briers-Wegs - Beratung und  
Abwägung über die während der Öffentlichkeitsbeteiligungen nach § 3 Abs. 1  
BauGB und nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonsti-  
gen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB eingegangenen Stel-  
lungnahmen - Verabschiedung des Bebauungsplans als Satzung  
Vorlage: 1056/2017**

**Beschluss:**

Über die im Verfahren eingegangenen Stellungnahmen wird gemäß der Vorlage abgewogen.  
Der Bebauungsplan Nr. 113 wird einschließlich seiner Begründung als Satzung verabschiedet.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 37 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 5**      **Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nord-  
rhein-Westfalen  
Vorlage: 1065/2017**

TOP 5 wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**TOP 6**      **Fortführung der Quartiersentwicklung nach Ablauf der Projektförderung  
Vorlage: 1066/2017**

Stadtverordneter Kleinen erklärte, dass der Punkt im Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur vorberaten worden sei. Zur Vorbereitung auf Ratssitzungen erwarte er, dass unter anderem alle Informationen aus den Ausschüssen wie bspw. Niederschriften vorlägen. Dies sei hier nicht der Fall und auch nicht das erste Mal. Auszüge seien vorhanden aber nicht die komplette Niederschrift. Die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses liege ebenfalls nicht vor, obwohl diese bereits vor einem Monat stattgefunden habe. Sollte sich diese Situation erneut so darstellen, werde er in Zukunft die Absetzung solcher Punkte von der Tagesordnung verlangen.

Stadtverordneter Jansen stimmte seinem Vorredner zu und forderte eine Stellungnahme seitens der Verwaltung. Das Fehlen der Niederschrift verstoße gegen die Geschäftsordnung.

Beigeordneter Brunen antwortete, dass die Situation auf personelle Engpässe zurückzuführen sei.

Stadtverordneter Jansen hielt fest, dass er dies als Missachtung des Rates empfinde. Er stellte nach der Geschäftsordnung den Antrag auf Absetzung des Punktes von der Tagesordnung. Stadtverordneter Benden unterstützte die Wortbeiträge und machte deutlich, dass die Ergebnisse aus den Ausschüssen ohne Niederschrift nicht im Gedächtnis blieben. Er erweiterte den Antrag des Stadtverordneten Jansen dahingehend, dass jeder Punkt von der Tagesordnung abgesetzt werden solle, der in einem Ausschuss vorberaten worden sei, zu dem noch keine Niederschrift vorliege.

Bürgermeister Schmitz entgegnete, dass unter jedem Tagesordnungspunkt separat über die Absetzung abzustimmen sei und rief zur Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung des Stadtverordneten Jansen auf Absetzung des Tagesordnungspunktes auf.

**Beschluss:**

Der Antrag wurde mehrheitlich mit abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 15 |
| Nein:       | 17 |
| Enthaltung: | 2  |

Im Folgenden rief Bürgermeister Schmitz zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag zum Tagesordnungspunkt auf.

**Beschluss:**

Die Quartiersarbeit der Franziskusheim gGmbH wird nach der Beendigung der Landesförderung mit einem jährlichen Betrag i. H. v. 25.000 € gefördert. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Vereinbarung der der Franziskusheim gGmbH vorzubereiten und abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 33 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 1  |

**TOP 7      Beratung und Beschlussfassung über die Umsetzung der folgenden Maßnahme des Integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Geilenkirchen: Einführung von Energiesparmodellen in den städtischen Schulen  
Vorlage: 1067/2017**

Da zu diesem Tagesordnungspunkt ebenfalls keine Niederschrift aus der Vorberatung im Ausschuss vorliege, stellte Stadtverordneter Jansen auch hier den Antrag zur Geschäftsordnung auf Absetzung des Punktes.

Bürgermeister Schmitz rief zur Abstimmung über den Antrag des Stadtverordneten auf Absetzung des Punktes auf.

**Beschluss:**

Der Rat lehnte die Absetzung des Punktes von der Tagesordnung mehrheitlich ab.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 5  |
| Nein:       | 29 |
| Enthaltung: | 2  |

Stadtverordneter Jansen erklärte, dass er dem Beschluss gerne zustimmen werde. In der Vorlage sei jedoch nicht ausführlich genug beschrieben, wie sich die Kosten genau zusammensetzen würden und mit welchen Mitteln sie gezahlt würden.

Stadtverordneter Weiler warf ein, dass durch das Beiblatt zur Vorlage der Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss hinreichend beschrieben werde. Darüber hinaus werde der Rat bei tatsächlicher Bewilligung des Projektes erneut über die genaue Vorgehensweise informiert.

Beigeordneter Mönter bat Herrn Knoke um Beantwortung der Frage des Stadtverordneten Jansen.

Herr Knoke erläuterte, dass in der Vorlage unter Punkt 4 die Kosten für die Beauftragung des externen Dienstleisters aufgeführt seien. Diese würden sich aus den Kosten des Starterpakets und den Bonuszahlungen zusammensetzen, seien individuell festgelegt und könnten bspw. durch Sponsoring aufgefangen werden.

Beigeordneter Mönter ergänzte, dass die Einsparungen durch den geringeren Energieverbrauch erfahrungsgemäß höher seien als der zu leistende Eigenanteil. Darüber hinaus seien die Bonuszahlungen gedeckelt.

**Beschluss:**

Vorbehaltlich der Förderung der Sach- und Personalausgaben durch das BMUB wird die Durchführung eines Programms zur Einführung von Energiesparmodellen an den städtischen Schulen über einen Zeitraum von 4 Jahren beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, einen

Antrag auf Förderung des Vorhabens zu stellen und einzureichen. Nach Bewilligung des Projektes erfolgt eine Vorlage zur Beschlussfassung über die Vorgehensweise.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 36 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 8 Bestellung einer Seniorenbeauftragten  
Vorlage: 1071/2017**

Stadtverordneter Grundmann bemängelte, dass die neue Seniorenbeauftragte dem Rat vor der Beschlussfassung hätte vorgestellt werden können.

Stadtverordneter Gerads entgegnete, dass neue Ausschussmitglieder z.B. sachkundige Bürgerinnen und Bürger vor ihrer Bestellung auch niemanden vorgestellt würden. Der Runde Tisch für Altenarbeit habe den Vorschlag unterbreitet, über den nun abgestimmt werde.

Bürgermeister Schmitz ergänzte, dass der Runde Tisch für Altenarbeit sicherlich eine geeignete Person ausgewählt habe.

**Beschluss:**

Frau Christa Butenschön wird als Seniorenbeauftragte der Stadt Geilenkirchen bestellt und erhält einen Sitz als sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 35 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 1  |

**TOP 9 Neuregelung der allgemeinen Vereinszuschüsse sowie der Reinigungsleistungen in städtischen Umkleidehäusern  
Vorlage: 1073/2017**

Stadtverordneter Jansen wiederholte seinen Antrag zur Geschäftsordnung auf Absetzung des Punktes.

Bürgermeister Schmitz rief zur Abstimmung über den Antrag auf.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt lehnte den Antrag des Stadtverordneten mehrheitlich ab.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 7  |
| Nein:       | 27 |
| Enthaltung: | 2  |

Stadtverordneter Benden erläuterte, dass die Vorlage bereits im Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur wie auch im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden sei. In den Ausschüssen habe er sich der Mehrheitsentscheidung gebeugt. Nach mehreren Gesprächen mit Vereinen und den Reaktionen auf die neuen Vorschläge zur Vereinsbezuschung sei er jedoch zu der Auffassung gelangt, dass die Situation für die Vereine sehr unbefriedigend sei. Gerade im Bereich Reinigung bemängle er auch den Informationsfluss seitens der Verwaltung in Richtung der Vereine. Er sei der Meinung, dass man den Vereinen nun zuhören müsse; natürlich müsse man nicht jeder Meinung hinterherjagen, doch sich zumindest dem Dialog stellen. Daher schlage er vor, den Punkt von der Tagesordnung zu nehmen und durch Gespräche mit den Vereinen eine rundere Sache aus der Neuregelung der Vereinsbezuschung zu machen.

Stadtverordneter Grundmann wandte ein, dass eine Verschiebung die Auszahlung von Zuschüssen in diesem Jahr unmöglich mache. Seine Fraktion schlage vor, die Themenblöcke Vereinsbezuschung und Reinigung zu trennen. Die Bezuschung könne heute verabschiedet werden und über die Reinigung der Vereinsheime könne in Ruhe im zuständigen Ausschuss gesprochen werden. Er wolle die Bezuschung der Vereine nicht durch den Beratungsbedarf seiner Fraktion gefährden.

Stadtverordneter Kravanja stellte fest, dass das Thema Reinigung für ihn im Großen und Ganzen akzeptabel sei. Er halte vielmehr die Regelungen über die Bezuschung für problematisch. So gebe es für die Liste der zuschussberechtigten Vereine keine Kriterien für die Aufnahme. Dies könne aber nicht offen bleiben. Es müssten klare Regeln für die Förderfähigkeit definiert werden. Die Regelungen zur Reinigung der Vereinsheime seien tatsächlich der einzige Bereich, über den nicht diskutiert werden müsse.

Herr Goertz nahm Bezug auf Äußerungen verschiedener Vereine unter anderem in der Geilenkirchener Zeitung und erklärte, dass der Verwaltung ein Angebot zur Reinigung des Vereinsheims des FSV über 3.648,33 € im Jahr vorliege. Bei der Angebotserstellung seien der Reinigungsfirma die Fläche des Vereinsheims wie auch das Reinigungsintervall von 5mal wöchentlich als Kriterien mitgeteilt worden. Für ein Vereinsheim in Würm habe die Firma mit Kosten von 2.158 € im Jahr kalkuliert, ebenfalls unter Berücksichtigung des Intervalls von 5mal wöchentlich. Der Verein in Würm erhalte derzeit einen Zuschuss in Höhe von 2.400 € pro Jahr zur Reinigung des Vereinsheims. Die Kosten seien durch die Firma konkret ermittelt worden. Förderfähig seien eingetragene Vereine und gemeinnützige Vereine. Natürlich würden hierunter auch Gruppierungen fallen, die der Rat im Zweifel nicht bezuschussen wollen würde. Weitere, einschränkende Kriterien müssten durch ihn beschrieben werden. Es sei jedoch nicht ein konkreter Vorschlag unterbreitet worden. Daher fordere er dazu auf, zunächst klare Aussagen zu formulieren, inwiefern der Vorschlag geändert werden solle.

Stadtverordneter Weiler warnte davor, den Vorschlag zu zerreden. Mittlerweile werde der Entwurf der Vereinsbezuschung zum dritten Mal beraten; es sei bereits alles gesagt, nur noch nicht von jedem. Die bisherigen drei Töpfe würden zusammengefasst und gemäß dem Wunsch der Politik würden Vereine mit vielen Jugendlichen besonders gefördert. Aufgrund der unterschiedlichen Gewichtung von Erwachsenen und Jugendlichen würden Vereine mit wenigen jungen Mitgliedern und vielen Erwachsenen weniger Zuschüsse erhalten. Dies werde durch die Deckelung des Zuschusses von max. 1.500 € ein wenig kompensiert. Infolgedessen seien alle Forderungen aus der Politik erfüllt. Er stehe 100% neben Herrn Goertz und fordere dazu auf, bei Änderungswünschen konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Der Punkt der Reinigung von Vereinsheimen sei optimal gelöst. Eine Gleichbehandlung sei nun gegeben und ein gleichbleibender Standard werde mit der Reinigung durch eine Fachfirma gewährleistet. Er sehe nicht, wo das Problem liege. Die CDU Fraktion werde dem Vorschlag so zustimmen.

Stadtverordneter Kravanja gab Herrn Weiler Recht, dass die Vorlage bereits zum dritten Mal besprochen werde; trotzdem seien einige Dinge noch nicht rund. In einem kleinen Arbeitskreis könnten die ungelösten Probleme sicherlich besser besprochen werden. Er betonte nochmals, dass der Begriff der Förderfähigkeit gelöst werden müsse und der Aufnahme von Vereinen in die Liste Grenzen gesetzt werden sollten. Früher sei dies durch die verschiedenen Töpfe gewährleistet worden. Diese Leitlinien würden nun wegfallen. Aufgrund dessen müsse jetzt klar definiert werden, welche Vereine förderfähig seien. Im Nachhinein sei dies schwierig. Bereits im Haupt- und Finanzausschuss habe er beispielhaft aufgeführt, dass nach den jetzigen Regeln auch eine freie Wählergemeinschaft förderfähig sei. Dies könne nicht gewollt sein. Es könnten auch positive Kriterien formuliert werden, die zu einer Aufnahme in die Liste und zur Förderfähigkeit führen würden.

Stadtverordneter Klein meinte, dass keiner im Raum die bisherige Arbeit zur Erstellung der Vorlage schmälern wolle. Jedem sei klar, dass eine gerechte Lösung für alle gesucht werden sollte. Er bemängle die zum Teil fehlende Transparenz nicht nur für die Vertreterin des Stadt-sportverbandes. Auch für Ratsmitglieder sei die Einarbeitung in die Unterlagen problematisch; freitags würden diese übersandt, montags sei Fraktionssitzung und dienstags tage bereits der Ausschuss. Daneben gehe er bspw. einem Beruf nach, in dem er auch am Wochenende arbeiten müsse. Da sei keine Zeit mehr, um noch mit Vereinen ins Gespräch zu kommen, was in dieser Angelegenheit jedoch unabdingbar sei, um bspw. auch die geforderten Fakten liefern zu können.

Stadtverordneter Banzet bemerkte, dass er für die Reinigungsregelung sei. Er unterstütze jedoch keine Betriebskostenzuschüsse für Heime, die selber Mieteinnahmen hätten. Hier nannte er beispielhaft Tripsrath. Darüber hinaus bestünden sicherlich noch Änderungswünsche, die bitte benannt werden sollten. Wenn in dieser Form weiter über den Vorschlag diskutiert werde, sei man auch im nächsten Jahr noch keinen Schritt weiter. Er könne akzeptieren, dass man nicht immer einer Meinung sein und er plädiere dafür, abzustimmen.

Herr Goertz erwiderte, dass aufgrund des genannten Punktes von Herrn Banzet die Betriebskostenzuschüsse flexibel gehandhabt werden könnten. Sollte ein Verein bspw. Mieteinnahmen haben, könne hierauf reagiert werden.

Stadtverordneter Benden stimmte dem Stadtverordneten Klein zu und meinte, dass es so viele verschiedene Meinungen gebe und ihm eine Verschiebung des Punktes lieber sei. Sonst seien die Vereine die Verlierer und dies wolle er bei einem so wichtigen Thema vermeiden. Er halte viele Punkte, die von den Stadtverordneten Banzet oder Kravanja benannt worden seien, für bedenkenswert. Dem Konzept fehle noch Genauigkeit. An Herr Goertz gewandt erkundigte er sich, ob die Vereine in die Lösung zur Reinigung der Heime einbezogen worden seien bspw. ob der derzeitige Reinigungsintervall abgefragt worden sei.

Herr Goertz antwortete, dass die Stadt bereits für die Reinigung einiger Vereinsheime zuständig sei. An den hieraus gewonnenen Erfahrungswerten und dem Belegungsplan habe das Hauptamt Anforderungen an die Reinigungsleistung definiert.

Vor diesem Hintergrund plädierte Stadtverordneter Benden dafür, heute keinen Beschluss zu treffen. Die Vereine seien nicht mit ins Boot geholt worden. Darüber hinaus sei der Informationsfluss seitens der Verwaltung ebenfalls nicht so gut gewesen.

Stadtverordneter Gerads schloss sich an und erläuterte, dass bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses viele verschiedene Meinungen zum Ausdruck gekommen seien und untereinander noch immer keine Einigkeit herrsche. Er halte die Formulierung von Richtlinien

ebenfalls für sinnvoll. Er schlug vor, dass sich die Fraktionsvorsitzenden zusammensetzen und mit der Verwaltung ein Konzept erarbeiten würden.

Stadtverordneter Grundmann dankte Herrn Goertz für seine ausführliche Antwort und machte deutlich, dass für seine Fraktion ein problematischer Punkt von der Liste gestrichen werden könne. Es sei sinnvoll mögliche Mieteinnahmen flexibel auf Betriebskostenzuschüsse anzurechnen. Die Beschlussfassung über die Finanzierung sei bereits verschoben worden und er rate davon ab, den Beschluss erneut nach hinten zu schieben. Man müsse den Mut haben, heute abzustimmen.

Stadtverordneter Weiler bemerkte, dass weitergehende Informationen vom Kämmerer auf Nachfrage jederzeit zur Verfügung gestellt worden seien. Jeder habe seit den Ausschusssitzungen ca. drei Wochen Zeit gehabt, um offene Fragen zu klären oder Änderungsvorschläge zu unterbreiten. Er plädiere für die heutige Beschlussfassung.

Stadtverordnete Thelen meinte, dass sie an der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur teilgenommen habe. Aufgrund der Fülle an Informationen in der Sitzung habe sie Erinnerungslücken. Die Weitergabe von Ergebnissen aus der Sitzung an ihre Fraktion und eine Diskussion in der Fraktion seien vor diesem Hintergrund zum Teil unmöglich gewesen. Es gehe um ein demokratisches Prinzip, dem vorliegend nicht Rechnung getragen werde und nicht darum, dass man Mut zur Abstimmung haben solle. Die Vorlage über die Vereinsbezuschung sei unausgegoren.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief Bürgermeister Schmitz zur Abstimmung auf.

#### **Beschluss:**

Der Rat beschloss mehrheitlich, der Verwaltungsvorlage zur Neuregelung der allgemeinen Vereinszuschüsse sowie der Reinigungs- und Betriebskosten für städtische Gebäude in Vereinsnutzung mit folgenden Änderungen zu folgen:

- Es werden keine Bonuspunkte für Sportvereine und Jugendorganisationen vergeben
- Der Rat wird vor Auszahlung der Zuschüsse eine Liste der Zuschussempfänger vorgelegt
- Der Satz in der Vorlage unter A) Unterpunkt b) Satz 3 „Im Gegenzug werden zukünftig keine einzelfallbezogenen Geldzuschüsse mehr gewährt“ wird gestrichen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 22 |
| Nein:       | 12 |
| Enthaltung: | 3  |

#### **TOP 10 Bericht über das Ergebnis der Einwohnerversammlung vom 10.10.2017 und Verabschiedung der Planung der "Thelensgracht" in Beeck Vorlage: 1077/2017**

Beigeordneter Mönter erklärte anhand eines Planes, dass, wie in der Niederschrift zur Einwohnerversammlung beschrieben, die Straßenbreite in einem bestimmten Bereich auf 4,50 m begrenzt werde. Nur so sei eine Gehweganlage auf einer Seite der Straße über die gesamte Straßenlänge möglich. Im Bereich gegenüber der Häuser Nrn. 8 und 10 sei in einem erneuten Ortstermin geklärt worden, dass die Fahrbahnbreite nun doch 5 Meter betragen könne. Von der Entfernung einer Hecke und damit verbundenen Maßnahmen zum Abfangen der Bö-

sung mit Betonstützwänden habe Abstand genommen werden können. Aus der Einwohnerversammlung heraus, hätten sich lediglich geringfügige Änderungswünsche ergeben.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt nimmt die Unterrichtung über das Ergebnis der Einwohnerversammlung zur Kenntnis.

Der Stadtrat beschließt die Verabschiedung des im UBA am 20.06.2017 beratenen Straßentwurfes in der Fassung der dieser Vorlage beigefügten Fortschreibung.

Die Verwaltung wird mit der Vorbereitung der Maßnahmenausführung in 2018 beauftragt.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 37 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 11      Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses gem. § 60 Abs. 1 GO NRW  
Vorlage: 1081/2017**

**Beschluss:**

Der Rat genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 GO NRW.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 37 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 12      Durchführung der städtischen Empfänge Landpartie und Neujahrsempfang  
Vorlage: 1082/2017**

Stadtverordneter Kleinen bemerkte, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen könne. Die Landpartie habe Tradition in Geilenkirchen und sei ein Alleinstellungsmerkmal für die Stadt. Keine andere Kommune biete etwas Vergleichbares. Bei den Neujahrsempfängen reihe sich die Stadt bei vielen anderen Veranstaltern ein. Zudem verursache er 4.000 € Mehrkosten als die Landpartie. Diese sollte jährlich durchgeführt werden, eventuell in einem größeren Rahmen. Die Gäste, die zum Neujahrsempfang eingeladen würden, könnten auch für die Landpartie geladen werden.

Stadtverordneter Grundmann erklärte, dass er eine ähnliche Sichtweise habe und die Landpartie tatsächlich Alleinstellungsmerkmal sei. Er stimme zu, dass die Veranstaltung jährlich stattfinden sollte und ihr etwas mehr Würde verliehen werden könne. Von den Gedanken an den Neujahrsempfang solle man sich verabschieden.

Stadtverordneter Kravanja führte aus, dass der Neujahrsempfang seines Wissens erstmals in diesem Jahr durchgeführt worden sei und dieser aus Spendengeldern finanziert worden sei. Diese Spenden seien darüber hinaus nicht extra für diesen Zweck akquiriert worden. Das Geld hätte seines Erachtens für viele andere Dinge Verwendung finden können. Davon unabhängig sei jedoch die Tatsache, dass durch den begrenzt eingeladenen Personenkreis aus Politik,

Wirtschaft und Militär eine elitäre Veranstaltung geschaffen werde. Dies gelte für den Neujahrsempfang wie auch für die Landpartie. Auf der anderen Seite werde im Rat jeder Euro umgedreht und lange darüber debattiert, ob bspw. mit 1.000 € eine Flutlichtanlage in Gillrath unterstützt werde. Dafür habe er kein Verständnis. Es gehe nicht um den Kostenvergleich zwischen den Veranstaltungen sondern darum, dass das Geld an anderer Stelle besser eingesetzt werden könne. Seines Erachtens sollten weder die Landpartie noch der Neujahrsempfang durchgeführt werden.

Stadtverordneter Benden meinte, dass zur Landpartie zwei bis drei Busse Militärs anreisen würden und ansonsten der übliche Personenkreis eingeladen werde. Insgesamt sei ein elitärer Kreis in Hünshoven zugegen. Richtig traditionell wäre die Landpartie, wenn wie zu ihren Anfängen ein reiner Herren-Abend abgehalten würde. Jahrelang habe man sich bei Freibier und Spießbraten bis tief in die Nacht getroffen. Seiner Meinung nach könne die Landpartie gestrichen werden. Der Neujahrsempfang sei hingegen eine gute Sache mit anderer Qualität. Hier sei der Personenkreis etwas größer. Der letzte Empfang sei hervorragend organisiert worden und es seien viele Kontakte geknüpft und nette Gespräche geführt worden. Dieses Format sollte beibehalten werden.

Stadtverordneter Weiler entgegnete, dass die CDU anderer Meinung sei. Zwei Veranstaltungen pro Jahr seien aus Kostengründen nicht tragbar. Geilenkirchen sei nach wie vor Garnisonsstadt und werde dies noch lange Jahr bleiben. Sicherlich sei der Neujahrsempfang in diesem Jahr ein Erfolg gewesen. Doch mit dem Empfang reihe man sich ein in eine lange Liste von Neujahrsempfängen in der Region. Die Landpartie sei historisch gewachsen und einmalig. Es spreche nichts dagegen – wenn die Familie Latten ihren Hof freundlicherweise wieder zur Verfügung stelle – in einem so tollen Ambiente beide Veranstaltungen zu kombinieren. Der Personenkreis sei ohnehin beinahe deckungsgleich.

Stadtverordneter Wolff schloss sich seinem Vorredner an und ergänzte, dass er die Äußerung des Stadtverordneten Benden gegenüber den Gästen des Militärs und der anderen NATO Staaten in Geilenkirchen als respektlos ansehe. Daneben werde seit Jahren ein größerer Personenkreis eingeladen. Es werde Gelegenheit geboten, Gespräche miteinander zu führen und sich kennenzulernen. Hierfür biete die Landpartie seit Jahren den idealen Rahmen.

Stadtverordneter Paulus fügte hinzu, dass die Landpartie aus dem ständigen Wechsel der Garnisonen entstanden sei. In diesem Rahmen hätten die Vertreter des Militärs insbesondere die Gelegenheit Behördenvertreter kennenzulernen und Kontakte zu knüpfen. Zu Veranstaltungen in den Garnisonen würden die zivilen Vertreter ebenso geladen. Im Mittelpunkt habe jahrelang die Gastfreundschaft gegenüber den Garnisonen gestanden. Diese traditionelle Veranstaltung sollte beibehalten werden. Er unterstrich die Aussage des Stadtverordneten Weiler.

Stadtverordneter Benden wiederholte, dass die Qualität der Veranstaltungen verschieden gewesen sei und der Neujahrsempfang nicht bis tief in die Nacht gegangen sei. Der Informationswert sei deutlich höher gewesen. Die Landpartie sei nett, reiche aber nicht aus, um Kosten in dieser Höhe zu rechtfertigen. Außerdem erklärte er, dass er viele Freunde und Bekannte habe, die beim Militär beschäftigt seien. Nur weil Geilenkirchen Garnisonsstadt sei, sei die Fülle an Gästen aus dem militärischen Bereich nicht zu rechtfertigen. Er lege Wert darauf, dass nicht nur Personen in Führungspositionen eingeladen würden, sondern auch ganz normale Mitarbeiter; nur so lasse sich der elitäre Touch vermeiden.

Stadtverordneter Kravanja merkte an, dass der eingeladenen Kreis an Personen bei der Landpartie nicht den Querschnitt der Bevölkerung widerspiegle. Konsequenterweise sei, wenn die Teilnahme für alle offen sei. Eine Veranstaltung nur für geladene Gäste lehne er ab.

Stadtverordneter Kleinen warf ein, dass es in Anbetracht des Umweltschutzes und des Verkehrsaufkommens in Geilenkirchen positiv sei, dass nicht jeder Militärangehörige mit dem eigenen Pkw anreise, sondern die Anreise gebündelt organisiert werde.

Bürgermeister Schmitz führte aus, dass der Neujahrsempfang seit über 10 Jahren vom Aktionskreis durchgeführt worden sei. In diesem Jahr ist die Stadt als Veranstalter eingetreten. Der Empfang sei als riesiger Erfolg gewertet worden. Ein Bürgerempfang mit weit über 300 Leuten sei für die Stadt in den vorhandenen Räumlichkeiten nicht denkbar. Ein Rotationsprinzip sei im Beschlussvorschlag bereits eingearbeitet.

Stadtverordneter Jansen erklärte, dass sicherlich ein Konzept entwickelt werden könne, um mehr als 300 Personen zu empfangen.

Stadtverordneter Kleinen beantragte darüber abzustimmen, dass über die Durchführung einer jährlichen Landpartie in abgeänderter Form abgestimmt werde.

Bürgermeister Schmitz rief zur Abstimmung auf.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschließt, die Landpartie ab dem Jahr 2018 als einzigen städtischen Empfang in einem umfangreicheren Rahmen durchzuführen. Eingeladen werden die in der Vorlage genannten Personenkreise. Die Verwaltung wird damit beauftragt, in einem rotierenden Prinzip möglichst viele verschiedene Bereiche und Personenkreise zu berücksichtigen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 22 |
| Nein:       | 11 |
| Enthaltung: | 3  |

Die Stadtverordnete Thelen bat im Hinblick auf die Gleichbehandlung von Frauen und Männern um Berücksichtigung des Frauenanteils bei den Einladungen. In den vergangenen Jahren sei auffallend wenig weibliche Beteiligung vorhanden gewesen.

#### **TOP 13      Vorstellung eines Eckpunktepapiers zum Haushaltsplan 2018 Vorlage: 1086/2017**

Herr Goertz erklärte angesichts der positiven Berichterstattung in der Zeitung, dass die Gewerbesteuer sich im vergangenen Jahr tatsächlich erstaunlich gut entwickelt habe. Trotz der guten Entwicklung müsse er daran erinnern, dass im Haushalt noch immer ein Fehlbetrag in Höhe von 2 Millionen Euro vorhanden sei. Es gebe also keinen Anlass um große Sprünge zu machen; die Stadt müsse nach wie vor sparsam haushalten.

**TOP 14     Antrag der SPD Fraktion auf Erstellung eines Sicherheitskonzeptes**  
**Vorlage: 1089/2017**

Bürgermeister Schmitz erteilte dem Stadtverordneten Klein zur Begründung des Antrages der SPD Fraktion das Wort.

Er räumte ein, dass es sich um keinen alltäglichen oder gewöhnlichen Antrag handle. Ende März diesen Jahres habe man aus der Zeitung entnehmen können, dass ein Kriminalitätsanstieg in Geilenkirchen zu beobachten gewesen wäre. Bei der SPD Fraktion habe man sich die Frage gestellt, was dagegen unternommen werden könne. In einer auf den Pressebericht folgenden Ratssitzung seien Zahlen der Polizei geliefert worden. Diese hätten gezeigt, dass in bestimmten Bereichen ein Kriminalitätsanstieg zu verzeichnen sei. Insbesondere hätten die Rauschmitteldelikte zugenommen. Sie hätten sich von 2015 auf 2016 verdoppelt. Die Zahlen hätten weiterhin offenbart, dass sich eine „offene Szene“ in Geilenkirchen entwickelt habe. Jugendliche würden sich ungeniert beim Konsum von Drogen in der Öffentlichkeit zeigen. Die Jugendlichen würden dies damit begründen, dass sowieso niemand kontrollieren würde. Besonders problematisch sei, dass sich unter 14 jährige in der Szene befänden. Die Stadt Geilenkirchen habe zwar schon mit gemeinsamen Aktionen von Polizei, Jugend- und Ordnungsamt reagiert. Der Antrag der Fraktion gehe weiter und schlage vor, seitens der Verwaltung weitere Ideen für ein Sicherheitskonzept zusammenzutragen. Wie dieses aussehen werde, sei offen. Im Jugendhilfeausschuss müsse dies diskutiert werden.

Stadtverordneter Benden stellte fest, dass man den Antrag der SPD-Fraktion im Grunde nicht ablehnen könne. Der Antrag sei allerdings nicht konkret genug. Im Zusammenhang mit der Prävention von Rauschgiftdelikten sei die Verwaltung bereits aktiv. Auch wenn er den Antrag nicht ablehnen werde, würde er keinen Gewinn bringen.

Stadtverordneter Grundmann erklärte, dass der Antrag ursprünglich für den Jugendhilfeausschuss gestellt worden sei. Die Problematik sei in verkürzter Form dargestellt. Man müsse im Ausschuss zielführend über ihn diskutieren. Der Antrag solle als Arbeitsauftrag für die Verwaltung verstanden werden, damit sich diese auf einen entsprechenden Tagesordnungspunkt im Jugendhilfeausschuss vorbereiten könne.

Stadtverordneter Kravanja wies darauf hin, dass der Antrag die Aufnahme in die Tagesordnung des zuständigen Ausschusses oder der heutigen Ratssitzung fordere. Er sei demnach nicht explizit für den Jugendhilfeausschuss gestellt worden. Er sei sich nicht sicher, ob die Problematik tatsächlich so sei, wie sie dargestellt werde. Der Antrag sei zu vage und er glaube nicht, dass ein Konzept helfe. Seiner Meinung nach würden bereits alle erforderlichen Maßnahmen seitens des Jugendamtes, des Ordnungsamtes und der Polizei ergriffen. Um beim Bekanntwerden der Delikte sofort tätig zu werden, brauche man kein Konzept. Der Verwaltung sei die Problematik bereits bekannt; sie müsse deshalb nicht explizit beauftragt werden.

Bürgermeister Schmitz bestätigte, dass die Verwaltung bereits aktiv sei. Ergebnisse der gemeinsamen Streifen von Polizei, Ordnungsamt und Jugendamt würden der Presse weitergeleitet. Schon morgen werde ein neuer Bericht in der Zeitung erscheinen. Es sollte vermieden werden, den Eindruck einer hohen Kriminalitätsrate in Geilenkirchen zu vermitteln. Dies sei nicht der Fall.

Stadtverordneter Weiler meinte, dass die Einwohnerinnen und Einwohner gemäß dem Motto „Tue Gutes und rede darüber“ mitbekommen sollten, dass etwas gegen Kriminalität in Geilenkirchen unternommen werde. Es sei bekannt, dass das Ordnungsamt und die Polizei intensivere Kontrollgänge durchführen würden. Man habe den richtigen Weg eingeschlagen. Im

Antrag der SPD-Fraktion werde die Prävention von Straftaten thematisiert. Diese sollte seines Erachtens besprochen werden.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschloss, dass die Stadt Geilenkirchen ein Sicherheitskonzept zur Vorbeugung und Bekämpfung einer „offenen Drogenszene“ in Geilenkirchen im Rahmen der Jugendprävention.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 27 |
| Nein:       | 8  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 15      Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen**

a) Bürgermeister Schmitz führte aus, dass Stadtverordneter Kleinen vor der Ratssitzung per Mail eine Anfrage zum Sachstand der Umsetzung des Programms „Gute Schule 2020“ gestellt habe. Zur Anfrage erklärte er, dass es diesbezüglich Gespräche in allen Schulleitungen gegeben habe. Dabei habe es sich um die Erstellung des erforderlichen Digitalisierungskonzeptes und die Planung zur Erweiterung der EDV-Infrastruktur (Verkabelung, PCs, Router, digitale Tafeln etc.) gehandelt. Die Schulleitungen würden jeweils eine Liste der gewünschten Maßnahmen zusammenstellen, die dann im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel seitens der EDV-Abteilung des Hauptamtes abgearbeitet würden. Bezüglich der Breitbandanschlüsse der Grundschulen sowie der Gesamt- und Realschule seien die in Geilenkirchen vertretenen Telekommunikationsanbieter angeschrieben. Bei der Gesamtschule sei bereits ein Breitbandanschluss der Fa. Unitymedia geschaltet worden. Für die anderen Schulen seien Anträge gestellt worden.

Auf eine weitere Nachfrage des Stadtverordneten Kleinen, erläuterte Bürgermeister Schmitz, dass man den zeitlichen Rahmen noch nicht kenne. Die Maßnahme werde so schnell wie möglich abgeschlossen.

b) Stadtverordneter Hoffmann teilte mit, dass er davon Kenntnis erlangt habe, dass im Rathaus eine Weiterbildungsmaßnahme für Teile der Verwaltung, Fraktionsvorsitzende und dessen Stellvertreter stattgefunden habe. Er erkundigte sich, ob eine weitere Veranstaltung für die restlichen Stadtverordneten geplant sei.

Bürgermeister Schmitz antwortete, dass die Verwaltung im Hinblick auf eine Optimierung der Rats- und Ausschussarbeit bereits vor den Sommerferien die Fraktionsvorsitzenden darüber informiert habe, dass sie ein Inhouse-Seminar für alle Fraktionsvorsitzenden, die Ausschussvorsitzenden sowie die Schriftführer organisieren wolle. In diesem Seminar sollten wesentliche und aktuelle Fragen des Kommunalrechts behandelt werden. Schwerpunkte sollten hierbei auf Themen rund um Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Rats- und Ausschusssitzungen sowie die Bedeutung der Geschäftsordnung liegen. Das Seminar habe am Samstag, den 07.10.2017 stattgefunden. Die Teilnehmerzahl sei begrenzt gewesen, so dass eine Wiederholung unter Beteiligung aller Stadtverordneten auch aus Kostengründen nicht vorgesehen sei.

Stadtverordnete Benden stellte die Frage, weshalb Bürgermeister Schmitz nicht an dem Seminar teilgenommen habe. Man habe viel über die Geschäftsordnung, die Satzung und das Know-How über die Leitung der Rats- und Ausschusssitzungen gelernt.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass er im Rahmen einer Dienstreise fünf Tage unterwegs gewesen sei.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Hoffmann, ob die Veranstaltung nochmals für die anderen Stadtverordneten angeboten werde, entgegnete Bürgermeister Schmitz, dass die Verwaltung dies prüfen werde.

#### **TOP 16 Fragestunde für Einwohner**

Es gab keine Wortmeldungen.

Sitzung endet um: 19:48

Vorsitzender

Schriftführer/in:

Bürgermeister Georg  
Schmitz

Tina Beckers-Offermanns